

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten** der Stadt Burgdorf am **09.12.2024** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-HFV/032

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:54 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:53 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:57 Uhr

ANWESENHEIT:

Bürgermeister

Pollehn, Armin

Vorsitzender

Hinz, Gerald

stellv. Vorsitzende

Kicza, Tanja

Mitglied/Mitglieder

Gawlik, Mario
Heller, Simone
Höfner, Joachim ab TOP 2
Sieke, Oliver bis TOP 8
Steinbeck-Behrens, Cord,
Dr.

Grundmandat

Braun, Jens
Nijenhof, Rüdiger ab TOP 2

Beratende/s Mitglied/er

Rainer, Joachim-Roland
Wickboldt, Klaus

stellv. Mitglied/Mitglieder

Paul, Matthias Vertretung für Frau Andrea Buhndorf
Sund, Björn Vertretung für Frau Gabriele Voß

Verwaltung

Hammermeister, Lars
Kähler, Inken Kristin
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 11.11.2024
 3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Betriebsabrechnung Obdachlosenunterkünfte 2023
Vorlage: M 2024 0927
 - 3.2. Projektmanagement - Statusbericht
 4. Entwurf Haushaltssatzung 2025 / 2026
Vorlage: BV 2024 0873
 - 4.1. Entwurf Haushaltssatzung 2025 / 2026- 2. Änderungsliste- Vorlage folgt
Vorlage: BV 2024 0873/2
 5. Entwurf Investitionsprogramm 2025 / 2026
Vorlage: BV 2024 0877
 - 5.1. Entwurf Investitionsprogramm 2025 / 2026- Ergänzung
Vorlage: BV 2024 0877/1
 6. Bereitstellung von drei Stellen für die Wirtschaftsförderung über den Stellenplan 2025/2026 - Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: A 2024 0881/3
 7. Haushaltssicherungskonzept 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0926
 8. Prüfung von Klagemöglichkeiten gegen das Land Niedersachsen auf kostendeckende Aufgabenübertragung - Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: A 2024 0936
 9. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2023
Vorlage: BV 2024 0883
 10. Leistungen von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
Vorlage: BV 2024 0932
 11. Anfragen laut Geschäftsordnung
 12. Anregungen an die Verwaltung
- Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Hinz eröffnet um 17:00 Uhr die Ausschusssitzung und begrüßt die Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Presse. Er weist darauf hin, dass Frau Buhndorf von Herrn Paul und Frau Voß von Herrn Sund vertreten wird. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Kähler kündigt an, einen weiteren Punkt auf die Tagesordnung aufzunehmen. Dabei handelt es sich um die Ergänzungsvorlage zum Investitionsprogramm 2025/2026 (BV 2024 0877/1).

Beschluss:

**Die Ausschusmitglieder stimmen der geänderten Tagesordnung ein-
stimmig zu.**

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 11.11.2024

Einstimmig (ja: 6, Enth.: 1) fassen die Ausschusmitglieder folgenden

Beschluss:

Das Protokoll des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten vom 19.08.2024 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Hammermeister informiert, dass die Stadt Burgdorf eine Bedarfszuweisung aufgrund besonderer Aufgaben vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport erhält. Gefördert wird ein Gerätewagen Logistik 2 mit Schwenkwandaufbau mit 203.000 €.

3.1. Betriebsabrechnung Obdachlosenunterkünfte 2023 Vorlage: M 2024 0927

Herr Hammermeister fasst die wesentlichen Punkte der Betriebsabrechnung zusammen.

Herr Paul möchte wissen, warum der Kostendeckungsgrad mit 5,93 % so gering ausfällt, während er im Jahr 2019 noch bei 23,03 % lag. **Herr Hammermeister** erläutert, dass die Vorhaltekosten ebenfalls berücksichtigt werden müssen. Zudem seien die Unterhalts- und Betriebskosten gestiegen, beispielsweise erfolgte auch eine flächendeckende Installation von Rauch-

melden in der Unterkunft. Darüber hinaus seien die Erträge nur halb so hoch gewesen, da u.a. die Unterkunft lediglich zur Hälfte belegt war.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Projektmanagement - Statusbericht

Frau Vierke weist darauf hin, dass in der Ausschusssitzung vergangene Woche der Projektbericht für das dritte Quartal 2024 auf der Tagesordnung stand, wodurch die wichtigsten und aktuellsten Informationen zum Projektmanagement weitergegeben wurden. Seitdem haben sich keine Änderungen ergeben.

4. Entwurf Haushaltssatzung 2025 / 2026 Vorlage: BV 2024 0873

Der TOP 4 wurde zusammen mit TOP 4.1 beraten.

4.1. Entwurf Haushaltssatzung 2025 / 2026- 2. Änderungsliste- Vorlage folgt Vorlage: BV 2024 0873/2

Herr Hammermeister nennt die wesentlichen Änderungen der zweiten Änderungsliste im Vergleich zur ersten. Er weist darauf hin, dass diese Änderungen in der Liste grau hinterlegt sind.

Herr Sieke erklärt, dass sechs Wochen für die Haushaltsberatungen nicht ausreichen, um den Entwurf des Haushaltsplans gründlich zu prüfen. Darüber hinaus hatte er im Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau eine Frage zur Internetgeschwindigkeit in den Schulen gestellt, die über das Protokoll beantwortet werden sollte. Da das Protokoll noch nicht vorliegt, hat er hierzu bislang keine Antwort erhalten. Außerdem gibt es einen Copy-Paste-Fehler bei den Kennzahlen zu den Schülerzahlen: Die Angaben für das Gymnasium Burgdorf und die Ingo-Siegner-Grundschule sind identisch. **Herr Sieke** fragt sich, ob der Haushaltsplan "mit einer heißen Nadel gestrickt" wurde.

Des Weiteren merkt **Herr Sieke** an, dass die Kinderbetreuung in den meisten Kitas nicht zu 100 % ausgelastet ist. Dabei bezieht er sich auf die prozentuale Nutzung der Betreuungszeiten. Er kritisiert in diesem Zusammenhang die hohen Zuschüsse, die die Stadt Burgdorf an die freien Träger zahlt, um zusätzliche Kitaplätze zu schaffen, obwohl die bestehenden Kapazitäten nicht vollständig genutzt werden.

Herr Sieke fügt hinzu, dass der neue Bauhof im Jahr 2025 in Betrieb genommen werden soll. Die Zusammenlegung der Bauhöfe wurde seinerzeit

unter anderem beschlossen, um durch Synergieeffekte laufende Kosten zu senken. Er kritisiert, dass diese geplanten Kosteneinsparungen im aktuellen Haushaltsplan bzw. Stellenplan nicht berücksichtigt wurden.

Er führt weiter aus, dass die prognostizierten geringeren Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung keine tatsächlichen Einsparungen darstellen, sondern vielmehr darauf zurückzuführen sind, dass die Ansätze zu hoch angesetzt wurden. Diese Ansätze werden seiner Ansicht nach als "Gummibudget" verwendet. Auch diese Problematik sei in der Planung nicht berücksichtigt worden.

Frau Vierke antwortet, dass sichergestellt wird, dass die offene Frage aus dem Ausschuss noch beantwortet wird. Sie weist außerdem darauf hin, dass der Copy-Paste-Fehler bereits korrigiert wurde. Sie stellt klar, dass die Abteilung Finanzen und Steuern sehr sorgfältig arbeitet. Sie betont, dass der Copy-Paste-Fehler ausschließlich die Kennzahlen betrifft und es keine Fehler bei den Ansätzen im Haushaltsplan gibt.

Hinsichtlich der prozentualen Auslastung in den Kitas erklärt **Frau Vierke**, dass sie diese Kritik zum ersten Mal hört. Ihren Informationen zufolge sind alle Plätze belegt. Sie bittet darum, die Berechnung hierzu zu erhalten, um die Angelegenheit prüfen zu können.

Bezüglich des neuen Bauhofs merkt **Frau Vierke** an, dass die genauen Zahlen zu den Einsparungen derzeit noch nicht abgeschätzt werden können. Zudem wird der Bauhof voraussichtlich erst Mitte 2025 in Betrieb genommen.

Herr Hinz kritisiert, dass die Anmerkungen erst in der letzten Ausschusssitzung geäußert wurden. Er betont, dass es beim Haushaltsplan nicht immer leicht sei, die wesentlichen Positionen nachzuvollziehen, weshalb Rückfragen an die Verwaltung von großer Bedeutung sind. Diese Rückfragen müssten jedoch rechtzeitig erfolgen, damit ausreichend Zeit bleibt, um gegebenenfalls Änderungen am Plan vornehmen zu können.

Frau Heller schließt sich dieser Argumentation an und ergänzt, dass der Sitzungskalender bereits Ende 2023 veröffentlicht wurde und die Termine somit bekannt waren. Ihrer Meinung nach hätte die unzureichende Bearbeitungszeit früher kommuniziert werden müssen. Zudem hätte der Termin für die Haushaltsberatung innerhalb der Partei entsprechend früher angesetzt werden können, um die Fristen einzuhalten.

Herr Hinz fragt Herrn Sieke, welche Konsequenzen er aus dieser Situation zieht und ob er einen Antrag stellen möchte, die Abstimmung zu verschieben. **Herr Sieke** antwortet, dass er nicht zwingend die Abstimmung verschieben möchte, jedoch seine Partei sich weiterhin beraten wird.

Herr Pollehn weist den Vorwurf, der Haushaltsplan sei "mit einer heißen Nadel gestrickt" worden, entschieden zurück. Er erklärt, dass die angesprochene Problematik bezüglich der Betreuungszeiten in den Kitas im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie zu beraten ist. Zudem betont er, dass die Einzelfamilien ausführlich in den jeweiligen Fachausschüssen besprochen wurden.

Herr Dr. Steinbeck-Behrens schlägt vor, dass auf den Produktblättern vermerkt wird, zu welchen Fachausschüssen die einzelnen Posten gehören, umso mehr Übersicht zu schaffen.

Herr Paul äußert, dass die Beantwortung von Fragen über das Protokoll nicht optimal funktioniert, da die Protokolle oft erst viel später erstellt wer-

den. Er schlägt vor, die Fragen stattdessen per E-Mail zu beantworten und allen Mitgliedern zuzuschicken.

Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung als beraten festgestellt.

5. Entwurf Investitionsprogramm 2025 / 2026
Vorlage: BV 2024 0877

Der TOP 5 wurde zusammen mit TOP 5.1 beraten.

5.1. Entwurf Investitionsprogramm 2025 / 2026- Ergänzung
Vorlage: BV 2024 0877/1

Herr Hammermeister weist darauf hin, dass in dem Entwurf des Investitionsprogramms alle Änderungen bereits eingepflegt wurden. Eine Übersicht über die genauen Änderungen kann der zweiten Änderungsliste entnommen werden.

Herr Gawlik merkt an, dass die geplante Baumaßnahme für die Fahrradstraße an der IGS aufgrund der aktuellen Bausituation nicht erforderlich erscheint. Infolgedessen könnten die dafür vorgesehenen Mittel theoretisch wieder freigegeben werden.

Herr Sund findet die Argumentation von Herrn Gawlik nachvollziehbar, würde jedoch zuvor den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr in die Entscheidung einbeziehen.

Herr Nijenhof weist darauf hin, dass allein die Aufnahme einer Maßnahme im Haushaltsplan nicht bedeute, dass diese exakt so durchgeführt werden muss, wie ursprünglich geplant. Er betont, dass sich Umstände ändern können und es in solchen Fällen sinnvoller sein kann, die Maßnahme anders umzusetzen. Wichtig sei, dass Mittel im Haushalt geplant wurden und zur Verfügung steht.

Herr Hinz fragt, ob es in diesem Fall möglich ist, stattdessen eine andere Maßnahme durchzuführen. **Herr Hammermeister** antwortet, dass dies möglich ist, da die Bezeichnung des entsprechenden Kontos allgemein gehalten wurde.

Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung als beraten festgestellt.

6. Bereitstellung von drei Stellen für die Wirtschaftsförderung über den Stellenplan 2025/2026 - Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: A 2024 0881/3

Herr Gawlik stellt den Antrag der FDP-Fraktion vor. **Herr Wickboldt** merkt an, dass mit der Bereitstellung von drei Stellen für die Wirtschaftsförderung die Erwartung verbunden ist, dass mehr Erträge erzielt werden. Allerdings kosten die weiteren 1,5 Stellen ebenfalls Geld. Ihm fehlt ein Vergleich zwi-

schen den Ausgaben und den erhofften Einnahmen.

Herr Nijenhof fragt, welche Qualifikationen für die Stellen erwartet werden und ob es in diesem Zusammenhang eine Leitungsstelle geben muss. **Herr Pollehn** antwortet, dass hierzu keine Antwort gegeben werden kann, da zunächst der Antrag gestellt wurde und daher noch keine genauere Ausarbeitung seitens der Verwaltung vorgenommen wurde.

Herr Sund ist der Meinung, dass zunächst geprüft werden sollte, wie die Entwicklungen mit den 1,5 Stellen sind. Wenn sich später herausstellt, dass weitere 1,5 Stellen sinnvoll sind, könne man dies immer noch in Betracht ziehen.

Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung als beraten festgestellt.

**7. Haushaltssicherungskonzept 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0926**

Herr Gawlik fragt, warum im Haushaltssicherungskonzept steht, dass Zinsaufwendungen eingespart werden, da er aufgrund der hohen Zinsen eine solche Entwicklung für die Zukunft nicht für realistisch hält. **Herr Hammermeister** antwortet, dass es sich hierbei um einen Teil der globalen Minderausgaben handelt, bei denen eine Million auf alle Positionen im Haushalt aufgeteilt werden.

Frau Kicza möchte wissen, warum Maßnahmen aufgeführt sind, die zum Teil seit 2010 im Konzept enthalten sind. **Herr Hammermeister** antwortet, dass es darum geht, darzustellen, dass sich die Stadt Burgdorf seit 2010 in der Haushaltskonsolidierung befindet und seitdem kontinuierlich Maßnahmen ergreift, um der Entwicklung entgegenzuwirken.

Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung als beraten festgestellt.

**8. Prüfung von Klagemöglichkeiten gegen das Land Niedersachsen auf kostendeckende Aufgabenübertragung - Antrag der FDP-Fraktion vom 01.12.2024
Vorlage: A 2024 0936**

Herr Hinz möchte wissen, was bei den Treffen der Hauptverwaltungsbeamten zu dieser Situation besprochen wurde.

Herr Pollehn antwortet, dass diese Thematik beim Niedersächsischen Städtetag angesprochen wurde, da dieser für die Vertretung der kommunalen Interessen gegenüber dem Land zuständig ist. Er erklärt, dass der Städtetag jedoch eher auf Kompromisslösungen ausgerichtet sei.

Er nennt als weitere Problematik, dass die Kommunen verpflichtet sind bilanziell abzuschreiben, während diese Verpflichtung für das Land nicht gilt. Da Kommunen nicht insolvent gehen können, wurde ihm von Seiten der Sparkassen zugesagt, dass die aktuelle Haushaltssituation der Stadt keine Auswirkungen auf ihr das Kreditrating hat. Zudem wurde vom Städtetag die Klagebereitschaft zu den Ergebnissen des Zensus 2022 diskutiert. Die Diskrepanz zwischen statistisch festgestellten und tatsächlich vorhandenen Einwohnerinnen und Einwohnern führt zu erheblichen Finanzausfällen bei einzelnen Kommunen.

Es wurde der Vorschlag unterbreitet, das Land Niedersachsen anzuschreiben und um eine Stellungnahme zu bitten, wie die Finanzierung der Kommunen künftig gesichert werden kann. Zudem regte **Herr Hinz** an, den Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages zu einer der kommenden Sitzungen des A-HFV einzuladen, mit der Bitte, Erläuterungen zu geben und mögliche Lösungsvorschläge aufzuzeigen.

Herr Hinz ließ den Ausschuss über den Änderungsantrag abstimmen, dass im Rahmen der Prüfung der Klagemöglichkeiten auch die beiden zuvor genannten Maßnahmen berücksichtigt werden sollen.

Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten fasst mehrheitlich (ja:5, nein:3) folgenden empfehlenden

Beschluss:

Zur Erreichung einer kostendeckenden Aufgabenübertragung vom Land auf die Stadt Burgdorf wird die Verwaltung beauftragt dreistufig vorzugehen:

- 1) Das Land Niedersachsen wird aufgefordert, die Sachlage darzustellen und zu erläutern, wie die Finanzierung der Kommunen in der Zukunft gesichert werden kann/soll.**
- 2) Der Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages wird in eine der nächsten Sitzung des A-HFV mit der Bitte um Erläuterung und Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten eingeladen.**
- 3) Die rechtlichen Möglichkeiten einschließlich der Klagemöglichkeit werden geprüft.**

9. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2023 Vorlage: BV 2024 0883

Herr Hinz befindet sich im Mitwirkungsverbot, da er der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Stadtsparkasse Burgdorf ist, weswegen **Frau Kicza** daher den Vorsitz des Ausschusses für diesen Tagesordnungspunkt übernimmt. **Herr Hinz** setzt sich in den Zuhörerbereich.

Herr Gawlik kündigt an, dass er sich bei der Abstimmung enthalten wird.

Frau Kicza schlägt vor, dass der Ausschuss im Falle eines ähnlichen Vorfalls in Zukunft frühzeitig informiert wird, um unangenehme Überraschungen zu vermeiden und eine bessere Vorbereitung zu ermöglichen.

Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten fasst mehrheitlich (ja:6, Enth.:1) folgenden empfehlenden

Beschluss:

Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2023 durch die Prüfungsstelle des Nieders. Sparkassen- und Giroverbandes Entlastung erteilt.

**10. Leistungen von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
Vorlage: BV 2024 0932**

Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten fasst einstimmig (ja:8) folgenden empfehlenden

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG i.V.m. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG den überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 500.000,00 € bei den Deckungskreisen 0081 und 0082 zu.

11. Anfragen laut Geschäftsordnung

K e i n e

12. Anregungen an die Verwaltung

K e i n e

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Stadträtin

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin